

Newsletter aus Brüssel

26.2.2018, Ausgabe 31
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Europäische Gewerkschaften begrüßen das Tarifiergebnis der IG Metall
- Bessere Vereinbarkeit in ganz Europa
- EWSA: Massenentlassungen in der Autobranche verhindern
- Brexit: Strikte Regeln für Übergangsphase

Europäische Gewerkschaften begrüßen das Tarifiergebnis der IG Metall

Der Tarifabschluss der IG Metall für die Metall- und Elektrobranche wurde von den Gewerkschaften auf europäischer Ebene begrüßt. Das Ergebnis wird als Signal für ganz Europa gewertet.

Der Dachverband der Industriegewerkschaften in Europa, industriAll European Trade Union (industriAll), sieht im Tarifierfolg der IG Metall ein Signal an alle Beschäftigten in Europa. Der industriAll-Generalsekretär Luc Triangle sagte: "Nach Jahren der von den Arbeitgebern auferlegten Flexibilisierung verschiebt dieses Abkommen die Machtverhältnisse, indem es zu mehr Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen in Bezug auf ihre Arbeitszeit führt. Diese Vereinbarung ist wegweisend für moderne Arbeitszeitregelungen und bietet mehr Möglichkeiten, Arbeitszeitvereinbarungen zu treffen, die dem Leben und der Gesundheit der Beschäftigten entsprechen. Mit dieser Vereinbarung hat die IG Metall gezeigt, dass starke Gewerkschaften und Tarifverhandlungsstrukturen für eine große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen gute Lebens- und Arbeitsbedingungen erreichen können."

Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) bewertete den Abschluss als positives Beispiel für ganz Europa. Der stellvertretende EGB-Generalsekretär Peter Scherrer betonte, dass der Abschluss der IG Metall nicht nur in Deutschland Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen anregen könnte, sondern auch in Betrieben überall in Europa. Beschäftigte und Gewerkschaften sollten durch das positive Ergebnis ermutigt werden, für fairere Bedingungen in allen europäischen Ländern einzutreten. Der EGB setzt sich im Rahmen einer europaweiten Kampagne für höhere Löhne in allen europäischen Ländern ein.

- [Pressemitteilung industriAll](#)
- [Pressemitteilung des EGB](#)
- [EGB-Kampagne für höhere Löhne in Europa](#)

Bessere Vereinbarkeit in ganz Europa

Am 21. Februar 2018 fand im EU-Parlament eine Anhörung von Sachverständigen zur neuen Kommissionsinitiative über eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie statt.

Die EU-Kommission will die Vereinbarkeit von berufstätigen Eltern sowie pflegenden Angehörigen stärker fördern. Beschäftigte in Europa haben bereits seit 2010 das Recht auf mindestens 4 Monate Elternurlaub pro Elternteil. Doch bislang gelten keine Vorschriften für Finanzierungsbeihilfen. Die Kommission hatte in einer neuen Initiative vom April 2017 vorgeschlagen, den Elternurlaub mindestens in der Höhe der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kompensieren. Außerdem sollen Eltern ihre Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen wollen, flexibler gestalten können. Zusätzlich will die Kommission Vätern (bzw. dem zweiten Elternteil) das Recht auf bezahlten Vaterschaftsurlaub von mindestens 10 Tagen um die Geburt ihres Kindes herum ermöglichen. Weiterhin sollen alle Beschäftigten, die Angehörige pflegen, den Anspruch auf 5 bezahlte Urlaubstage im Jahr erhalten. Der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments diskutiert derzeit seine Stellungnahme. Zu diesem Zweck veranstalteten die Abgeordneten eine öffentliche Anhörung mit Sachverständigen aus Wissenschaft, Gewerkschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Alle Beteiligten begrüßten den Kommissionsvorschlag, setzen allerdings unterschiedliche Akzente in ihrer Bewertung. Montserrat Mir Roca vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) sprach generell von einem wichtigen Signal für alle Beschäftigten in Europa, wenn die soziale Dimension der EU endlich spürbarer würde.

In einigen Mitgliedstaaten gelten bereits erweiterte Rechte für Eltern, so auch in Deutschland. Laut Kommission sollen die höheren Standards gewahrt bleiben. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall Wolfgang Lemb, zuständig für Europapolitik, sieht in der neuen EU-Initiative eine Chance für flexiblere Arbeitszeitmodelle zugunsten der Beschäftigten in ganz Europa. Er betonte: "Die hohe Beteiligung am gerade erfolgreich beendeten Arbeitskampf in der deutschen Metall- und Elektrobranche hat eindeutig gezeigt, wie wichtig allen Beschäftigten eine flexiblere Arbeitszeit und mehr Zeit für Familie ist. Häufig führt bereits eine geringe Reduzierung der Arbeitszeit zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit. Daher unterstützt die IG Metall die Initiative für das europaweite Recht von Beschäftigten auf mehr Flexibilität ihrer Arbeitszeit. Wir fordern außerdem das Rückkehrrecht auf Vollzeit. Das ist nicht nur gut für die Beschäftigten, sondern sichert den Unternehmen Fachkräfte."

- Weitere Informationen zur Initiative über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

EWSA: Massenentlassungen in der Autobranche verhindern

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat am 14. Februar 2018 zu den vorgeschlagenen neuen Abgas-Grenzwerten Stellung bezogen. Die IG Metall unterstützt das Gremium in seiner Forderung nach industriepolitischen Maßnahmen der EU-Kommission.

Der EWSA fordert die EU-Kommission auf, den Strukturwandel in der Automobilbranche industriepolitisch zu begleiten, um Verwerfungen bei den Beschäftigten zu vermeiden. Eine vollständige soziale und ökonomische Folgenabschätzung fehle. Massenentlassungen lehnt der EWSA ab. Das beratende Gremium der Zivilgesellschaft, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern empfiehlt daher in seiner Stellungnahme bei der

geplanten Zwischenbewertung 2024 zu prüfen, inwieweit neben den Klimazielen auch beschäftigungspolitische Vorgaben erreicht wurden. Der EWSA macht auf eine wissenschaftliche Studie aufmerksam, deren erste Ergebnisse zeigen, dass bis 2030 im günstigsten Fall ca. 10-12 % der Arbeitsplätze in der konventionellen Fahrzeugherstellung verloren gehen könnten. Außerdem würde ein beschleunigter Ausstieg aus der Diesels-technologie die Risiken für die Beschäftigten erhöhen. Grundsätzlich begrüßt der EWSA aber den neuen und ambitionierten Kommissionsvorschlag zur Reduzierung der CO2-Emissionen im Straßenverkehr. Es sei ein wichtiger Schritt in Richtung einer klimaneutralen Mobilität bei gleichzeitiger Förderung der Innovationskraft der europäischen Automobilindustrie. Eine Stellungnahme des EU-Parlaments steht noch aus. Die IG Metall fordert die Europaabgeordneten dazu auf, den Bericht des EWSA in ihrer Bewertung zu berücksichtigen.

- **Stellungnahme des EWSA**

Brexit: Strikte Regeln für Übergangsphase

Die EU-Kommission hat am 7. Februar 2018 einen Entwurf zur "Brexit"-Übergangsphase veröffentlicht.

Bereits in knapp einem Jahr, im März 2019, wird Großbritannien die Europäische Union verlassen. Um einen "geordneten Austritt" zu ermöglichen, soll es laut Kommission allerdings eine Zeit des Übergangs bis zum 31. Dezember 2020 geben, in der Großbritannien auch als "Drittstaat" weiterhin Mitglied des Binnenmarktes bleibt. Eine derartige Brexit-Übergangsphase hatte Großbritannien selbst vorgeschlagen. Allerdings hatte das scheidende EU-Land für eine zweijährige Frist geworben. Die verbleibenden 27 EU-Länder sprachen sich nicht nur für einen kürzeren Zeitraum aus, sondern betonten außerdem, dass ein Zugang zum Binnenmarkt nur mit der Erfüllung aller dazugehörigen Verpflichtungen sowie der Einhaltung der vier Grundfreiheiten – auch der Personenfreizügigkeit – zu diskutieren sei. In ihren Verhandlungsleitlinien, auf die sie sich am 29. Januar 2018 im Rat einigten, machten die Europaministerinnen und -minister deutlich, dass es kein "Rosinenpicken" geben könne; Denn auch im Übergangszeitraum muss sich das Vereinigte Königreich an der Zollunion beteiligen und alle EU-Regelungen befolgen. Als Drittstaat verliert das Land allerdings sein Stimmrecht und wird auch nicht mehr an institutionellen Vorgängen der EU teilnehmen können. In einem nächsten Schritt müssen Rat und Parlament dem Entwurf der Kommission zustimmen, bevor die Verhandlungen zur Übergangsphase mit Großbritannien aufgenommen werden.

- **Kommissions-Entwurf zur Übergangsphase**

Herausgeber: IG Metall Vorstand

V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb

Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*

International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels

Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand